

Indiens Christen äussern Bedenken zu Freiheit

19. February 2025



Indien

Quelle: Pixabay/ Eddy Pellegrino

Während der indische Premierminister Narendra Modi die USA besucht, werden erneut Bedenken über antichristliche Hassverbrechen in der bevölkerungsreichsten Demokratie der Welt laut.

Die Organisation «International Christian Concern» (ICC) äusserte sich besorgt über [Narendra Modi und seine Partei](#), die «Bharatiya Janata Party» (BJP). Sie verwies auf einen Bericht des «Center for the Study of Organized Hate», der einen Anstieg von Hassrede-Vorfällen in Indien im vergangenen Jahr um 74 Prozent im Vergleich zum Vorjahr dokumentiert.

Demnach waren Christen überproportional von solchen Vorfällen betroffen. Obwohl sie nur 2,3 Prozent der indischen Bevölkerung ausmachten, stellten sie

rund 10 Prozent der Opfer. Die Mehrheit der nichtchristlichen Opfer waren Muslime.

Modi-Partei schürt Gewalt

Besonders alarmierend: 80 Prozent der dokumentierten Vorfälle ereigneten sich in Bundesstaaten, die von Modis BJP regiert werden. Dies verdeutliche die Rolle der Partei, religiöse Minderheiten gesetzlich zu benachteiligen und sogar Gewalt gegen friedliche christliche und muslimische Gemeinschaften zu schüren, so die ICC.

Ein weiterer Kritikpunkt sind die umstrittenen [Anti-Konversionsgesetze, die in zwölf der 28 indischen Bundesstaaten gelten](#) und massgeblich von der BJP eingeführt wurden. Diese Gesetze sind so vage formuliert, dass sie potenziell jede religiöse Aktivität kriminalisieren können, die nicht im Sinne des Staates ist.

Missbräuchliche Gesetze

So heisst es im Gesetz von Uttar Pradesh: «Der Übertritt von einer Religion zu einer anderen durch falsche Darstellung, Zwang, unzulässige Beeinflussung, Nötigung, Verlockung oder betrügerische Mittel ist verboten.»

Was sich auf dem Papier zunächst wie ein Schutz liest, sieht in der Realität ganz anders aus. Das kann zum Beispiel bedeuten, dass schon die Aussage, jemand könne durch den Glauben an Jesus Christus Erlösung finden, als Straftat gewertet wird.

Singen könnte zu Konversion verleiten

Die ICC wies auch darauf hin, dass diese Gesetze als Vorwand für Selbstjustiz dienen könnten. Geistliche berichten von Angriffen auf Kirchen und Gottesdienste durch hindu-nationalistische Gruppen – mit der Begründung, das Singen von Kirchenliedern könne Menschen zur Konversion bewegen.

Luke Wilson, Forscher bei der United States Commission on International Religious Freedom (USCIRF), sagte: «Die Durchsetzung von Anti-Konversionsgesetzen auf der Ebene der Bundesstaaten in Indien deutet darauf hin, dass ihr Ziel nicht der Schutz vor erzwungenen Konversionen ist, sondern die Verhinderung von Übertritten zu unerwünschten Religionen – insbesondere zum Christentum und zum Islam.»

Zum Thema:

[Faktencheck Christentum: Religionsfreiheit – wird sie überleben?](#)

[Wahlen in Indien: Indische Christen beten für ihre Zukunft](#)

[Nach Wahlen in Indien: Lage für Christen bleibt weiterhin ungewiss](#)

Autor: Robert Parr / Daniel Gerber

Quelle: Christian Today / Übersetzung: Livenet

Tags